

Josef Boyer

## Millionen von Parteimitgliedern – 8.900 Parlamentarier Abschlussbericht über das Projekt: „Sozialstruktur der Parteien und Parlamente in der Bundesrepublik“

*Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien,  
Bd. 12/I–IV, hg. v. Marie-Luise Recker und Klaus Tenfelde:*

*Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und  
in der Bundesrepublik Deutschland. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990*

*I: Abgeordnete in Bund und Ländern. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1946–1990.  
Bearb. v. Christian Handschell. Düsseldorf: Droste 2002, 524 Seiten, Ln., 59,80 €,  
ISBN 3-7700-5245-5.*

*II: CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Bearb. v.  
Corinna Franz und Oliver Gnad. Düsseldorf: Droste 2005, 876 Seiten, Ln., 99,80 €,  
ISBN 3-7700-5268-4.*

*III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur  
1945–1990. Bearb. v. Oliver Gnad, Daniela Gniss, Marion Hausmann und Carl-Wilhelm  
Reibel. Düsseldorf: Droste 2005, 718 Seiten, Ln., 84,80 €, ISBN 3-7700-5269-2.*

*IV: SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN.  
Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Bearb. v. Josef Boyer und Till Kössler.  
Düsseldorf: Droste 2005, 1054 Seiten, Ln., 118 €, ISBN 3-7700-5270-6.*

Nach langer Bearbeitungszeit ist ein Werk erschienen, das in der Geschichtsschreibung über westdeutsche Parteien bisher einmalig ist. In vier Bänden liegen einheitliche, untereinander direkt vergleichbare Tabellen zur Anzahl und Sozialstruktur der Parlamentarier und der Mitglieder sowie, sehr begrenzt, auch der Funktionäre aller wichtigen politischen Parteien der Bundesrepublik von deren Anfang bis zum Epocheneinschnitt von 1990 vor.

Das Handbuch wurde mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft von zwei Arbeitsgruppen am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum und am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main in Kooperation mit der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin, erstellt.

Die Zahlen, die überwiegend aus parteieigenen Überlieferungen stammen, sind eingehend überprüft und genau kommentiert, so dass nicht nur das bisher breiteste quantitative Material vorliegt, sondern auch seine Verlässlichkeit beziehungsweise seine Interpretationsgrenzen angegeben sind. In einführenden oder monographischen Textteilen ist je Partei neben Angaben zu ihrer Geschichte die Organisation der Parteiverwaltung und der Mitgliederstatistiken im Zeitverlauf beschrieben. Diese Analysen weiten sich zu Einblicken in das Selbstverständnis der Parteien und in den Zusammenhang ihrer politischen Geschichte mit

ihrer inneren Strukturgeschichte. Daraus wird ein neues Verständnis der Parteien in ihrer gesellschaftlichen Verankerung sowie in ihrer Identität und ihrer Selbstanalyse möglich. Die generellen wissenschaftlichen und die parteiinternen Debatten um die Relevanz der Sozialstruktur für politische Entwicklungen und Verhaltensweisen sind in den vergangenen Jahrzehnten nie verstummt und haben sich im letzten Jahrzehnt erneut belebt.<sup>1</sup> Das vierbändige Handbuch reiht sich hier ein und setzt mit profunder Empirie ein gewichtiges Argument für die Ergiebigkeit sozialstruktureller Analysen.

Im Band I sind für die etwa 8 900 Mitglieder aller Landtage und des Bundestags zwischen 1946 und 1990 die Sitzverteilung, die Dauer der Parlamentszugehörigkeit, dann die Kernmerkmale Geschlecht und Alter, erlernter Beruf – vereinheitlicht nach den Kriterien des Statistischen Bundesamts – sowie Schul- und Hochschulbildung tabellarisch abgebildet, für die Bundestagsabgeordneten ergänzt um frühere Landtagszugehörigkeiten. Die Angaben wurden aus den amtlichen Handbüchern der Parlamente abgeleitet und in einer Datenbank erfasst, die weiteren Anwendungen zur Verfügung gestellt werden kann. Mit den Tabellen werden vergleichende Studien zwischen Landesparlamenten sowie zwischen diesen und dem Bundestag möglich. Die erfassten Merkmale der Abgeordneten können aber auch direkt mit den Angaben zu den Parteimitgliedern in Bezug gesetzt werden.

Die drei weiteren Bände des Handbuchs beschreiben die Parteimitgliedschaften von CDU, CSU, SPD, FDP, KPD mit Sozialistischer Einheitspartei Westberlins (SEW) und Deutscher Kommunistischer Partei (DKP), Die Grünen, Deutsche Partei (DP), Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), Deutsche Zentrumspartei (DZP), Bayernpartei (BP), Sozialistischer Reichspartei (SRP), Deutsche Reichspartei (DRP) und Nationaldemokratischer Partei (NPD). Damit sind alle wichtigen, in Landesparlamenten oder im Bundestag vertretenen Parteien erfasst worden. Das Handbuch gliedert sich in Parteienkapitel, so dass intensive Studien einer einzelnen Partei ermöglicht werden. Die Einheitlichkeit der Tabellen zielt aber immer auch auf den direkten Vergleich mit anderen Parteien und den Parlamenten. Die Darstellungen setzen mit der jeweiligen (Wieder-)Gründung der Partei ein und reichen bis zu deren Ende beziehungsweise bis zum Umbruch des Parteiensystems durch die Wiedervereinigung 1990. Die Parteien der DDR, die in anderen Systembezügen, gesellschaftlichen Begründungen und politischen Funktionen standen, bleiben einem – erhofften – Folgeprojekt überlassen.

1 Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller: Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen 2002; Peter Lösche: Zur Lage des deutschen Regierungs- und Parteiensystems. Vorträge und Symposium aus Anlass der Emeritierung von Prof. Dr. Manfred Friedrich, Berlin 2002. Bernhard Boll/ Everhard Holtmann: Parteien und Parteimitglieder in der Region. Sozialprofil, Einstellungen, innerparteiliches Leben und Wahlentscheidung in einem ostdeutschen Bundesland. Das Beispiel Sachsen-Anhalt, Wiesbaden 2001; Andreas Hallermann: Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen, Baden-Baden 2003; Stefan Merz: Parteien zwischen Milieuverankerung und Abkopplung. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Stadt Freiburg i. Br., Freiburg i. Br. 2001; Grüne Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Lagertheorien und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Dokumentation einer Veranstaltung der Reihe „Werkstatt-Gespräche“ am 3. September 2004, Berlin 2004.

Soweit die Quellenüberlieferung es ermöglichte, sind für die genannten Parteien nach einer einheitlichen Systematik folgende Angaben und Merkmale zuerst für die Mitglieder tabellarisch dargestellt worden: Zahl der Mitglieder, Zu- und Abgänge im jeweiligen Jahr, Geschlecht, Alter, für CDU, CSU, FDP und SRP auch die Konfession und der Familienstand; weiterhin die berufliche Stellung, dann die Berufe, die für CDU, SPD und Die Grünen nach den Kriterien des Statistischen Bundesamts vereinheitlicht werden konnten, wodurch direkte Vergleiche untereinander und mit den Abgeordneten wie auch mit der soziologischen Berufsforschung möglich sind. Es folgen die Dauer der Parteimitgliedschaft und die Mitgliedschaft in parteiinternen oder parteinahen Organisationen (CDU, CSU und KPD) sowie Gewerkschaftszugehörigkeiten (SPD und KPD). Es zeigt sich, daß mit den parteiinternen Quellen nicht alle Kategorien sinnvoll für alle Parteien zu füllen waren, da jede Partei an anderen Merkmalen ihrer Mitglieder interessiert war – ein interessanter historischer Befund für sich. So ergeben sich weiterhin Sondertabellen für die Vita 1933 bis 1945 (KPD) und frühere Parteizugehörigkeiten (KPD und FDP), den Anteil von Vertriebenen und Flüchtlingen sowie von Ausländern (CDU) oder den Arbeitslosenanteil (SRP). Die beschriebene Anlage der Mitgliedertabellen wird dann in einem weiteren Abschnitt für die Neumitglieder, also die im jeweiligen Jahr Eintretenden, wiederholt. Gleiches geschieht anschließend für Ausgetretene bei den wenigen Parteien, die dazu geeignete Quellen hinterließen (CDU, KPD, Die Grünen). Zuletzt folgen entsprechende Tabellen für einige Gruppen von Parteifunktionären der Parteien SPD, KPD, SEW und DKP. Gerade die umfangreichen Daten für die Neumitglieder sind von höchstem Wert, spiegelt sich in ihnen doch der Sozialstrukturwandel der Parteien am unmittelbarsten wider.

Innerhalb eines Parteienkapitels und je Unterpunkt der beschriebenen Systematik werden die Zahlen jeweils in der Reihenfolge Gesamtpartei und Bundesländer in alphabetischer Ordnung angegeben. Die parteiinternen Quelldaten, oft gruppiert nach parteieigenen räumlichen Gliederungen, wurden also konsequent auf Ebene der Bundesländer aggregiert, weil zum einen die Bundesländer zusammen mit dem Bund die Hauptebene der Politik darstellten und zum anderen so der Vergleich zwischen den Parteien erst möglich wird. Innerhalb der Länderabschnitte sind die Daten chronologisch gereiht. Dabei wurden regelmäßig gesetzte Auswahljahre dokumentiert, da die Abbildung aller Jahre jeden möglichen Buchumfang gesprengt hätte, ohne entscheidende Erkenntnisgewinne zu bringen. Die beschriebene Gesamtsystematik ist allerdings quellenbedingt nur für CDU, CSU (mit Abweichungen), SPD, KPD, FDP und Die Grünen möglich. Die anderen kleineren Parteien mussten je nach ihrer Eigenart dargestellt werden, wobei auch hierbei ein Maximum an Einheitlichkeit der Darstellung angestrebt wurde.

Alle Daten sind, wo möglich, in absoluten und Prozentzahlen ausgewiesen und mit detaillierten Quellenangaben versehen. Soweit die Quellenüberlieferung und der Umfang des Handbuchs es erlaubten, wird der Frauenanteil in jeder Systemgruppe gesondert ausgewiesen. Verspricht die geschilderte Systematik ein Optimum an Informationen, so ergeben einerseits die äußerst unterschiedlichen und immer bruchstückhaften Überlieferungen der parteiinternen Quellen sehr große Darstellungslücken. Keineswegs können alle Auswahljahre dargestellt werden. Hier bleibt das Handbuch historiographisch, weil es über die begrenz-

ten Quellenrelikte der parteieigenen Statistiken nicht hinauskommen kann. Dennoch wird eine Darstellung erreicht, die ab jetzt der Parteienforschung gesicherte Urteile erlauben wird. Begrenzungen ergeben sich andererseits auch aus der Quellenfülle: So konnte die seit 1974 existierende zentrale Mitgliederkartei der SPD, deren tief differenzierte Daten Tausende von Buchseiten füllen würden, nur in den wesentlichen Zusammenfassungen abgebildet werden. Ein wichtiger Vorteil des Handbuchs liegt aber darin, für die erfassten Parteien der parteiinternen wie archivalischen Datenüberlieferung nachgespürt, die Quellenlage erschöpfend beschrieben und damit für weitere Forschungen erschlossen sowie lohnenswerte Zukunftsstudien angedeutet zu haben. Teilweise wurden in den Parteien vergessene und daher von Vernichtung bedrohte Datenbestände erst wieder entdeckt und für die Überlieferung gerettet, so die erwähnte zentrale Mitgliederkartei der SPD.

Das Handbuch versteht sich als Grundlagenforschung. Zwar werden in den stets enthaltenen Literaturberichten die bisherigen Fragestellungen der Parteienforschung aufgegriffen, jedoch ist es primäres Ziel der vier Bände, die Daten frage- und ergebnisoffen darzustellen, also Material für möglichst breite zukünftige Forschungsfelder verschiedener Disziplinen bereitzustellen. Der Schwerpunkt bei wenigen Abweichungen liegt auf großräumigen Vollerhebungen von Daten, die von den Parteien selbst durchgeführt wurden; diese Materialien sind am schwersten zu erreichen und methodisch am schwierigsten zu bewerten. Forschungsproduzierte Daten, repräsentative Erhebungen und Befragungen sind aber durchgängig nachgewiesen. Basiert das Handbuch auf der Makroebene Bund und Länder, will es gerade dadurch zu Mikrostudien anregen, denn erst beide zusammen bringen die Parteien- und Parlamentsforschung weiter.

Ein entscheidender Vorteil des Handbuchs liegt in der Überprüfung der dargebotenen Daten: Mit erheblichem Aufwand wurde deren Zuverlässigkeit einzuschätzen versucht. Keineswegs konnten die Zahlen der Parteien „bessergerechnet“ werden. Jedoch war es möglich, die jeweilige Zuverlässigkeit zumindest im qualitativen Urteil zu benennen und systematische Fehlerquellen der Parteistatistiken zu zeigen. Die Tabellen folgen dabei einem Doppelweg: Sie geben zum einen die Statistiken der Quellen nach deren innerer Logik wieder und weisen dabei Unstimmigkeiten aus. Zum anderen wird die Qualität der einzelnen Statistiken insgesamt bewertet. Es erweist sich, dass in aller Regel von Fehlerquoten mindestens zwischen fünf und zehn Prozent auszugehen ist. So hat die SPD, obwohl ihre in sich zunächst schlüssig erscheinende Mitgliederkartei für 1976/1977 über eine Million Mitglieder auswies, mit hoher Wahrscheinlichkeit die magische Millionengrenze nie durchbrochen. Es ist ein zentraler Befund des Handbuchs, dass die Parteienforschung mit sehr guten Gründen ihre Argumentationen quantitativ auf Parteistatistiken stützen kann, wenn und solange sie daraus generelle Trends und Hauptentwicklungen ableitet, dass aber für mit kleinen Zahlen begründete Detailentwicklungen die Fehlerquoten in den Quellen zu hoch sind. Beim Benützen des Handbuchs sind die Anmerkungen und erläuternden Textteile zu den Tabellen immer zu beachten, weil sich nur so die „Qualität“ der Zahlen sachgerecht erschließt. Insofern ist das Handbuch nicht für flüchtige Leser geeignet, es braucht die genaue Auswertung. Diese ist durch Verweise in den Anmerkungen, aber auch für jede Einzeltabelle und Tabellengruppe, möglich. Das Handbuch ist daher zugleich ein Nachschlagewerk zu Einzelthemen und

länder- oder gebietsspezifischen Fragen.

In den Textteilen des Handbuchs zu den einzelnen Parteien wird nur begrenzt eine Auswertung der Tabellenteile angestrebt. Dagegen finden Informationen über die Parteiorganisationen, die Mitgliederverwaltung und Mitgliederbetreuung und die Sicht der Parteiliten auf die Parteimitglieder breiten Raum. Da die Registrierung der Mitglieder in aller Regel Teil der Finanzabrechnung war, werden auch Aspekte der Parteienfinanzierung in die Untersuchungen einbezogen: Das An- und Abschwellen der Mitgliederströme hatte erhebliche Auswirkungen auf den finanziellen Spielraum und damit die Gesamttätigkeit der Parteien. In den Blick gerät auch, inwiefern jeweils der Zulauf zu Parteien beziehungsweise die Mitgliederverluste ein gleichsam naturwüchsiger, das heißt, durch die Parteien wenig gesteuerter oder steuerbarer Prozess war, oder inwieweit Parteien auf den Umfang und die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft Einfluss nahmen. Letzteres war in erheblichem Ausmaß der Fall; Instrument dafür waren unter anderem Mitgliederwerbeaktionen.

Diese Darstellungsteile des Handbuchs gehen über eine Organisationsgeschichte weit hinaus. Die gesellschaftliche Verankerung der Parteien war je spezifisch. Sie war zu großen Teilen gemacht, gewollt, entstand aber zugleich als Reaktion auf die politische Gesamtgeschichte der Partei, war Ausdruck davon und wiederum eine ihrer wesentlichen Bedingungen. Mitgliedschaften und Parteiliten konnten sich sozialstrukturell entsprechen oder weit entkoppelt sein. Keine Partei konnte sich den allgemeinen, über die Jahrzehnte hinweg starken sozialstrukturellen Wandlungen in der Gesellschaft der Bundesrepublik entziehen: Entweder wurden sie in der Zusammensetzung der Mitglieder eingefangen mit der Chance für die Partei, gesellschaftlich eingebunden zu bleiben, oder aber die Partei geriet in eine Insellage, was sie gefährden konnte oder ihr spezifische Möglichkeiten auf Sonderfeldern des Parteiensystems schuf. Über die Mitglieder entschieden sich nicht unerheblich Umfang und Art parteiinterner Ressourcen an Geld, Zeit und Multiplikatoren. Die Parteien unterschieden sich darin, welche Rollen ihren Mitgliedern wie auch den Funktionären zugedacht wurden, praktisch wie ideell. Dem lagen verschiedene, bezeichnende Demokratievorstellungen oder aber im linken wie rechten Parteienspektrum Gegenentwürfe zu demokratischer Repräsentation zugrunde. Durch die Mitglieder blieben Parteien an Hochburgen gebunden und auf sie begrenzt oder, entgegengesetzt, konnten sich in die Fläche ausbreiten, allgemein werden. Mitglieder waren nicht nur ein Vorteil, sondern auch eine Last, mussten betreut und immer wieder aktiviert werden, blockierten andererseits durch ihre bloße Mitgliedschaftsdauer den parteiinternen Wandel, die Modernisierung von Parteien oder aber Beitrittswellen setzten Parteien erheblichem Veränderungsdruck aus, so dass Konflikte zwischen bisherigen Mitgliedergenerationen und den neuen entstanden. Parteien erzeugten Eigenwelten, die sozialstrukturell nachweisbar sind oder konnten sich dem unauffälligen Bevölkerungsdurchschnitt annähern.

Die genannten Elemente zusammen bildeten einen der Kerne der jeweiligen Parteiidentität, der Alltagswirklichkeit der Parteien als soziale Organisationen. Sie begründeten die Eigenart von Parteien und damit ihre Position im Parteiensystem und determinierten in starkem Maß ihre politischen Erfolgsaussichten wie auch ihren Niedergang. Durch den Umfang der hier vorgelegten Untersuchung kommt der parteipolitisch aktive Bevölkerungsteil der

Bundesrepublik bis 1990 insgesamt in den Blick, auf anonymisierter, statistischer Ebene. So kann aus der Kombination von Mitgliederzahlen und Mitgliedschaftsdauer abgelesen werden, welch hoher Anteil der Bevölkerung mit den zentralen Organisationsinstanzen von Politik in der Bundesrepublik, den Parteien, in Berührung gekommen ist.

Für die Debatte darüber, inwiefern sozialstrukturelle Lagen in den letzten Jahrzehnten politisches Verhalten beeinflusst haben und heute noch beeinflussen, ergeben unter anderem die Ausführungen über die Jüngste im Kreis der untersuchten Parteien – Die Grünen – wichtige Hinweise darauf, dass soziale Merkmale aussagekräftig geblieben sind: Selbst wenn Wertewandel und zunehmende Freiheitsräume als kausal für individuelles politisches Verhalten unterstellt werden,<sup>2</sup> bleibt diese Freiheit durch soziale – also beschreibbare – Positionen bedingt und verursacht. So weisen denn auch die Parteimitglieder der Grünen spezifische Merkmale auf. Allerdings brauchen moderne Sozialstrukturanalysen angesichts komplex gewordener Lebensverhältnisse ein verfeinertes Analyseraster. Zu diesem trägt das Handbuch gesicherte Basisfakten bei, wenn es auch, quellenbedingt, keineswegs alle benötigten Daten bereitstellen kann.

Das vierbändige Handbuch wird, so ist zu hoffen, forschungsinitiierend in die Parteiensoziologie, die Politikwissenschaft und die Zeitgeschichtsschreibung hinein wirken. Aber auch Journalisten und Lehrende können damit auf eine verlässliche Quellenbasis zu Parlamentariern und Parteimitgliedern zurückgreifen. Nicht zuletzt ist es nun den Parteien selbst möglich, mit dem Handbuch besser als bisher Einblick in ihre eigene historische Struktur zu gewinnen.

2 Was umstritten ist – Walter Müller: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50, Heft 1, S. 3–46, nimmt an, dass beim Wahlverhalten Klassenstrukturen gegenüber Werteorientierungen selbst noch in der Mitte der 1990er Jahre dominierten.